

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Rechtsextremismus

Wir fragen die Landesregierung:

I.

Ursachen des Rechtsextremismus

Welches sind die Ursachen des Rechtsextremismus und welchen Anteil haben hierbei Faktoren wie

- a) soziale Probleme in Folge des sozialen, technischen und wirtschaftlichen Wandels,
- b) Benachteiligung aufgrund von Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit,
- c) die Individualisierung bzw. Vereinzelung als Folge des sozialen und wirtschaftlichen Wandels,
- d) die Angst vor Überforderung und Versagen,
- e) die verschärfte Konkurrenzlage bei Arbeitsplätzen, Wohnraum und sozialer Sicherung,
- f) die sozialen Abstiegsängste und Bedrohungsgefühle in Folge des gesellschaftlichen Wandels,
- g) die Tradierung rechtsradikaler Einstellungen?

II.

Erscheinungsformen

1. Welche Alters- und Bevölkerungsgruppen sind für rechtsextremistisches Gedankengut besonders anfällig?
2. Welche rechtsextremistischen Gruppierungen oder diesen nahestehender Gruppen – verbotene und nichtverbotene – gibt es, zum Beispiel Skinheads, Vereine, Parteien, und in welcher Form agieren sie?
3. Wie ist deren Organisationsgrad, deren geographische Verteilung in Baden-Württemberg und die Verbindung zu gleichgesinnten Gruppen im Bundesgebiet und im Ausland?

4. In welchen Handlungen und Taten drückt sich eine rechtsextremistische Gesinnung aus und welche Aktionsformen sind dafür typisch?

5. Welches Vokabular läßt auf eine rechtsextremistische Einstellung schließen?

III.

Jugendhilfe und Jugendarbeit

1. Welche Maßnahmen aus dem Sofortprogramm der Landesregierung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sind in bezug auf die Jugendhilfe und Jugendarbeit ergriffen worden?

2. Welche Erkenntnisse liegen in bezug auf die Gewalt von Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der Skinhead-Szene vor?

3. Gibt es Modelle der Erlebnispädagogik mit Jugendlichen in Baden-Württemberg?

4. Wie beurteilt bzw. unterstützt die Landesregierung die Möglichkeit internationaler Jugendbegegnungen und des Jugendaustausches?

5. Wie beurteilt die Landesregierung bei rechtsextremistischen Straftätern die Möglichkeit sozialer Arbeit und die Chancen zum Ausstieg aus dem gewalttätigen Umfeld und findet ein Täter-Opfer-Ausgleich statt?

6. Welche Modelle der Vernetzung von Trägern der Jugendarbeit auf regionaler Ebene, von Jugend-Nottelefonen in Jugendberatungsbüros gibt es?

7. Wie werden die Schüler- und Auszubildendenvertretungen gefördert und wo gibt es Kinder- und Jugendparlamente?

8. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeiten der Träger der (offenen) Jugendarbeit, insbesondere der Jugendverbände, zur Vorbeugung und Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen von Jugendlichen beizutragen?

9. Gibt es in Baden-Württemberg Modelle zur Förderung der gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen und welche Rolle spielen dabei die Jugendverbände und selbstorganisierten, lokalen Initiativen, wie sie meist von Jugendzentren ausgehen?

IV.

Gefahrenabwehr und Bekämpfung des Rechtsextremismus

1. Welche Erfahrungen und Probleme gibt es in bezug auf die Kontrolle und Überwachung von rechtsextremistischen Organisationen und Veröffentlichungen?

2. Welche Landesbehörden beschäftigen sich mit der Prüfung, Indizierung und sonstigen Maßnahmen gegen rechtsextremistische und jugendgefährdende Schriften? Welche Indizierungsanträge wurden bislang bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften gestellt und mit welchen Ergebnissen?

3. Wurden seitens der Strafverfolgungsbehörden Verbote von Publikationen und Datenträgern (Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Filme, Videos, Tonträgern, Computerspielen u. a.) eingeleitet, die rassistische Hetze, Aufforderung zum Rassenhaß und Volksverhetzungen zum Gegenstand hatten?

4. Konnten bislang die Herausgeber, Hersteller und Vertreiber solcher Publikationen (z. B. Buchdienste und Musikverlage) unter Nutzung aller rechtsstaatlichen Mittel ermittelt und bestraft werden?

5. Wie haben sich die Sonderkommissionen und Sonderdezernate bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften bewährt und gibt es weiteren Bedarf hierfür?
6. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, auch bundes- und europaweit gegen Postwurfsendungen, Computer-Mailboxen und BTX-Dienste mit rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten vorzugehen? Welche Regelungen gibt es bislang bzw. sind in Vorbereitung?
7. Wie kann die Einreise von ausländischen Rechtsextremisten und die Agitation von ausländischen Organisationen in Deutschland und umgekehrt von deutschen Aktivitäten im Ausland unterbunden werden?
8. Ob und inwieweit ist eine gewissenhafte Überprüfung von Anträgen auf Wahlzulassung (auch bei der Beschaffung von Unterschriften) möglich und findet statt?

V.

Politische Bildung

1. Welche Aufklärungsarbeit und Informationen führt die Landeszentrale für politische Bildung in bezug auf den Rechtsextremismus durch?
2. Welche weiteren Fortbildungs- und Informationsmöglichkeiten bestehen für die Bürgerinnen und Bürger (z. B. Volkshochschulen, Geschichtswerkstätten oder Infotheken wie in Essen)?
3. Welche Möglichkeiten der Unterstützung des Engagements von Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen gibt es?

VI.

Rechtspolitik/Strafvollzug

1. Gibt es Anhaltspunkte, daß seit dem Aufflackern von fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftaten und Krawallen auch in baden-württembergischen Vollzugsanstalten rechtsextremistisches und fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet wird bzw. Probleme zwischen ausländischen und deutschen Gefangenen bestehen?
2. Welche Maßnahmen werden in Baden-Württemberg – getrennt nach Erwachsenen- und Jugendstrafvollzug – getroffen, um das Entstehen, die Verbreitung und Pflege solchen Gedankenguts im Vollzug zu verhindern?
3. Liegen Erkenntnisse darüber vor, daß es innerhalb der JVA Zusammenschlüsse von Gefangenen aus der rechtsextremistischen/fremdenfeindlichen Szene gibt, und wenn ja, was wird hiergegen unternommen? Sind solche Gefangene, die sich von ihrer rechtsextremen Gesinnung lossagen sollen, Sanktionen aus der Gruppe ausgesetzt?
4. Gibt es Privatpersonen, Vereine oder sonstige Organisationen in der Gefangenenbetreuung, die sich speziell um Gefangene aus der rechtsextremistischen Szene kümmern oder dieser nahestehen? Was wird hiergegen unternommen?
5. Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Landesregierung – innerhalb des geltenden Jugendstraf(verfahrens)rechts und unter Wahrung des Erziehungsgedankens –, verstärkt auf jugendliche und heranwachsende Straftäter mit rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Motivation einzuwirken?
6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, daß Staatsanwaltschaften und Gerichte eine gezielte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit über Strafverfahren mit fremdenfeindlich oder rechtsextremistisch motivierten Straftaten leisten

sollten, damit vor allem Jugendlichen die Schwere der begangenen Delikte (z. B. versuchter Mord bei Brandanschlägen) bewußt wird?

7. Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, die Vergabe von öffentlichen Räumen an fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextremistische Organisationen oder Veranstalter zu unterbinden?

VII.

Medien

1. Welche Verbesserungsmaßnahmen in bezug auf die Berichterstattung und fundierte Information und Aufklärung über Rechtsextremismus durch die Medien sind der Landesregierung bekannt?
2. Gibt es im Land wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse oder Forschungsvorhaben darüber, welche Art von Berichten über fremdenfeindliche und rechtsextremistische Organisationen und deren Aktionen eine abschreckende oder eher stimulierende und zur Nachahmung verleitende Wirkung haben? Wenn nein, wird sich die Landesanstalt für Kommunikation mit Unterstützung der Landesregierung um ein solches Forschungsvorhaben kümmern?
3. Unter welchen Voraussetzungen können Wahlsots und -anzeigen von rechtsextremistischen Organisationen bzw. mit rechtsextremen, gewaltverherrlichenden und fremdenfeindlichen Aussagen im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk sowie in den Printmedien unterbunden werden?

VIII.

Diskriminierung

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Anti-Diskriminierungsgesetze in Großbritannien, Niederlande und USA?
2. Ist die Landesregierung bereit, über den Bundesrat initiativ zu werden und ein Anti-Diskriminierungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland einzubringen?

IX.

Sport

1. Welche Fanprojekte gibt es und wie haben sie sich bewährt? Wie können weitere Projekte dieser Art unterstützt werden?
2. Welche weiteren Möglichkeiten für den Abbau von Haß und Gewalt im Bereich des Sports gibt es?

X.

Polizei und Verfassungsschutz

1. Wie haben sich die Maßnahmen von Polizei (z. B. Sonderermittlungsgruppen, Einsatz verdeckter Ermittler) und Verfassungsschutz sowie deren Zusammenarbeit bewährt?
2. Welche aktuellen Erkenntnisse liegen hieraus vor?

08. 06. 93

Ulrich Maurer, Schrepp
und Fraktion